

doch freilegen will: die liberale Argumentation für eine hierarchische Gesellschaft mit meritär ausgewiesenen Funktionseleiten in den lokalen Verwaltungen wie den Redaktionsstuben, in der doppelten Frontstellung gegen die Option für ein geburtsständisches Modell einerseits und den „etatistischen“ Republikanismus andererseits. Ist der Aristokratismus tatsächlich das Primäre dieses Liberalismus? Wie auch immer man dies beurteilen wird: Festzuhalten ist, dass mit de Dijns Buch ein sehr nützlicher Kompass vorliegt, der bei intensiver Lektüre klare Orientierung gibt. Die Autorin erreicht dies durch ein systematisches Werk, bei dem die Einbeziehung des Kontextes sich über die Geistesgeschichte hinaus im Wesentlichen auf ebenso hilfreiche wie präzise Bemerkungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte konzentriert.

Hay, Colin. *Why we hate politics*. Cambridge. Polity Press 2007. 187 Seiten, € 17,99.

*Armin Schäfer*

Umfragen bestätigen es immer wieder: Kaum eine andere Berufsgruppe wird so negativ beurteilt wie Politiker, kaum einer Organisation wird so wenig vertraut wie Parteien. In der Bevölkerung wächst die Überzeugung, dass es nur einen geringen Unterschied macht, wer regiert, da sich die politische Klasse nicht um die Belange der Wähler kümmert. *Colin Hay*, Politikwissenschaftler an der Universität Sheffield, hat es sich in seinem neuen Buch zur Aufgabe gemacht, diese weit verbreitete Geringschätzung der Politik zu erklären. Originell an seinem Ansatz ist, dass er eine Mitschuld der Politikwissenschaft an der Politikverdrossenheit sieht. Welche Motive und Handlungsoptionen wir politischen Akteuren unterstellen, wirke auf deren tatsächliches Verhalten zurück. Gewönnen Handlungsmodelle praktische Bedeutung, die Politikern eine rein instrumentelle Rationalität zuschreiben, so Hays Diagnose, verwundere es nicht, wenn sich politischer Zynismus ausbreitet.

Die Argumentation wird in vier Kapiteln entwickelt. Im ersten präsentiert Hay empirische Befunde zur Politikverdrossenheit. Die Beteiligung an Wahlen wie auch die Bereitschaft, in Parteien mitzuarbeiten, sinkt stetig, und ebenso nimmt das Vertrauen in Parteien, Politiker und Parlamente ab. Diese Befunde stimmen weitgehend mit dem Forschungsstand überein. Hay kritisiert jedoch, dass diese Trends in der bestehenden Literatur überwiegend durch den Blick auf die Nachfrageseite erklärt würden: durch abnehmendes Sozialkapital der Wähler (Putnam), kritisch eingestellte Bürger (Norris) oder die Absenkung des Wahlalters (Franklin). Dagegen erfahre die Angebotsseite – welche Alternativen Parteien den Wählern bieten – weit weniger Aufmerksamkeit. Folglich wendet sich Hay der Frage zu, weshalb der politische Gestaltungsspielraum als gering wahrgenommen wird.

Die Ursache hierfür liege, so wird im zweiten Kapitel erläutert, in der Entpolitisierung politischer Entscheidungen. Diese erfolge in drei Varianten: Erstens würden Befugnisse von Regierung und Parlament auf Expertengremien oder Behörden übertragen. Zweitens löse der Markt hierarchische Entscheidungen als Steuerungsmodus ab und private (Konsum-)Entscheidungen träten an die Stelle politischer Regulierung. Drittens erschienen Sachzwänge wie z. B. die Folgen der Globalisierung als so übermächtig, dass kein

Raum für alternative Handlungsstrategien verbleibe. Politik folge in diesem Fall vorgegebenen Notwendigkeiten und verliere damit an Bedeutung. In allen Fällen würden Entscheidungen parlamentarischer Kontrolle und öffentlicher Deliberation entzogen. Je umfassender der Trend zur Entpolitisierung, desto geringer sei der politische Gestaltungsspielraum.

Im dritten und vierten Kapitel werden erst die innenpolitischen, dann die globalen Gründe für die Entpolitisierung untersucht. In beiden Fällen verweist Hay darauf, wie sozialwissenschaftliche Theorien zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen werden. Innenpolitisch sieht er insbesondere *Public-Choice*-Theorien als Quelle der Entpolitisierung. Indem wir politischen Akteuren egoistische Handlungsmotive unterstellten, die sie in der Folge als Anleitung zum rationalen Verhalten internalisierten, beraubten wir uns der Möglichkeit, in der Politik mehr als ein Strategiespiel zu sehen. Theorien zum politischen Konjunkturzyklus oder zur Budgetmaximierung wie auch die ökonomische Theorie der Demokratie klärten die Wähler darüber auf, dass Parteien, Politikern und Bürokraten zu misstrauen sei. Werde Politikversagen als endemisch begriffen, spreche vieles dafür, Entscheidungen auf nicht-politische Gremien oder auf den Markt zu übertragen.

Analog zu diesem Argument wird im vierten Kapitel die Globalisierungsthese als Entpolitisierungsursache ausgemacht. Hay versucht hier den empirischen Nachweis zu führen, dass weniger ihre feststellbaren Auswirkungen als vielmehr der Glaube an die Globalisierung den Handlungsspielraum der Politik verringert. Der tatsächliche Gestaltungsspielraum der Politik werde durch die Akzeptanz vermeintlicher Sachzwänge unterschätzt – *there is no alternative*. Beide Theorienstränge zusammen vermittelten ein überwiegend negatives Bild der Politik: Sie könne immer weniger bewirken und wo sie eingreife, richte sie mehr Schaden als Gutes an. In dem Maß, in dem diese Beschreibung allgemein akzeptiert und zum präskriptiven Modell werde, bestätigten sich die Annahmen der Theorie und ihre Schlussfolgerungen gewannen an Plausibilität, resümiert das fünfte Kapitel.

Hays interessantes, klar geschriebenes Buch erweitert die Debatte über die Politikverdrossenheit um einen wichtigen Aspekt und fordert die Politikwissenschaft auf, kritisch mit den Prämissen gängiger Theorien umzugehen. Doch bei aller Plausibilität gelingt der Nachweis, wie der Schritt von den Theorien zur politischen Praxis erfolgt, nicht in vollem Umfang. Ein komplexeres Zusammenspiel von realweltlichen Veränderungen und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung ist zu vermuten. Auch die Empirie, mit der die Globalisierungsthese entkräftet werden soll, überzeugt nicht vollständig. Denn auch wenn Regionalisierung und der Wettbewerb zwischen den hochentwickelten Staaten wichtigere Trends als eine im Wortsinn verstandene Globalisierung sind, können diese beiden Entwicklungen doch die politischen Optionen nationaler Regierungen radikal einschränken. Diese Anmerkungen schmälern den Wert des Buches nicht, sondern verweisen darauf, wie schwierig es ist, die Gestaltungsmöglichkeiten des Nationalstaats bei verschärftem Standortwettbewerb zu vermessen. Insgesamt ist *Why we hate politics* ein sehr lesenswertes Buch, das zum Nachdenken darüber auffordert, ob unser Politikverständnis die Demokratie beschädigt.